Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6416

05. 12. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Gerd Poppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zur Zeit bereitet der „Economic and Social Council" der Vereinten Nationen die 53. Sitzung der Menschenrechtskommission (MRK) in Genf vor, die im nächsten Jahr vom 10. März bis 18. April 1997 stattfinden wird.

Wie in jedem Jahr wird auch dieses Mal in Vorbereitung der mehrwöchigen Sitzungsperiode der MRK hart darum gerungen, welche Länder auf die Tagesordnung der 53. Sitzung gesetzt werden, womit zumindest die Debatte der zum Teil gravierenden Menschenrechtssituation in diesen Ländern möglich gemacht würde.

Gerade Regime, die als notorische Menschenrechtsverletzer bekannt sind, schaffen es immer wieder – in wechselnden Koalitionen mit anderen Ländern und Ländergruppen – die Aufsetzung und damit die Debatte der Situation in ihren Ländern zu verhindern und so bereits im Vorfeld der – als Ergebnis der Debatte möglichen – öffentlichen Verurteilung durch dieses wichtigste Menschenrechtsgremium der Vereinten Nationen zu entgehen.

Während eine Reihe dieser Staaten schon jetzt auf der Tagesordnung steht, weil Sonderberichterstatter oder Arbeitsgruppen der MRK zur Situation in diesen Staaten berichten werden, fehlen andere Staaten, deren Menschenrechtssituation die öffentliche Debatte in Deutschland und auch in den europäischen Partnerländern bewegen.

Trotz wiederholter Versuche, die entweder schlecht bzw. halbherzig vorbereitet oder nur von einer zu geringen Anzahl von Mitgliedstaaten unterstützt wurden, ist beim gegenwärtigen Stand der Vorbereitung keine Debatte der Menschenrechtssituation in Algerien, China, Indonesien und Osttimor, Kolumbien, Nigeria und der Türkei auf der 53. Sitzung der MRK vorgesehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihre eigenen Möglichkeiten zu nutzen, damit Algerien, China, Indonesien und Osttimor, Kolumbien, Nigeria und die Türkei auf die Tagesordnung der 53. Sitzung der MRK in Genf gesetzt werden,

2. auf ihre europäischen Partner einzuwirken, damit als Ergebnis der EU-Arbeitsgruppe für die Vorbereitung der 53. Sitzung der MRK am 13. Dezember 1996 entsprechende Resolutionsentwürfe vorbereitet und abgestimmt werden, die die Behandlung der Menschenrechtssituation in diesen Staaten auf der MRK sicherstellen,

3. zusammen mit den Mitgliedstaaten und Staatengruppen, denen an einer an den universellen Menschenrechtsprinzipien orientierten Arbeit der MRK gelegen ist, auf der 53. Sitzung der MRK in Genf für eine möglichst breite Basis für die erforderlichen Beschlußfassungen über die Menschenrechtssituation in den o. a. Staaten zu sorgen, die diesen sowohl die erforderliche Rechenschaftspflicht als auch die zur Verbesserung der Lage der Menschenrechte notwendigen Maßnahmen auferlegen.

Bonn, den 5. Dezember 1996

Amke Dietert-Scheuer
Gerd Poppe
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333